



VLG will mitgestalten **3**

Die neue Bereichsleiterin Bildung und ihre Ziele

VLG senkt Mitgliederbeitrag **4**

Die GV in Malers beschloss tieferen Pro-Kopf-Beitrag

VLG fordert Korrekturen **6**

Pflegefinanzierung hat viel höhere Mehrkosten

Armin Hartmann, Vorstand VLG

«Gemeinden immer stärker unter Druck»

Die guten Rechnungsergebnisse vieler Gemeinden sind trügerisch. Der Druck auf die Gemeindefinanzen wird immer stärker und dürfte zu weiteren Steuererhöhungen führen, vermutet Armin Hartmann. Er ist VLG-Vorstandsmitglied, Chef Bereich Finanzen, Gemeindeammann von Schlierbach und Kantonsrat (SVP).

gazette **Machen es die Gemeinden wie die Bauern und jammern auf Vorrat?**

Armin Hartmann: Da liegen Sie ganz falsch. Ich behaupte, in den Gemeinden herrscht eine gesunde Grundeinstellung im Umgang mit dem Geld. Jeder Gemeinderat hat die ehrliche Absicht, nicht mehr Geld auszugeben als er einnimmt oder zur Verfügung hat. Merken aber die Gemeinderäte, dass sich eine

Schere öffnet, dann machen sie sich ernsthafte Sorgen um den Zustand des Haushalts...

... und dann wird gejammert?

Nicht jammern, aber wir weisen darauf hin, dass wir bei stagnierenden Einnahmen nicht dauernd mehr Aufgaben von Bund und Kanton übernehmen können.

Bei den Budgets im letzten Herbst haben die Gemeinden

gejammert und jetzt in den letzten Wochen hervorragende Abschlüsse präsentiert.

Der Schein trügt. Viele Gemeinden mussten in erheblichem Masse Reserven auflösen, um ihre Budgets ausgleichen zu können. Andere profitierten von Buchgewinnen oder anderen Sondereffekten. Die Gemeinden sind deutlich stärker unter Druck, als es die Abschlüsse oberflächlich vermuten lassen.



«Ein Bildungskostenteiler von 50:50 ist nicht mehr als fair.»

Aber dennoch, den Gemeinden geht es doch gut?

Viele Gemeinden haben ihre Reserven verbraucht. Bei vielen wurde auch das Eigenkapital in den letzten Jahren dramatisch reduziert. Ich würde nicht sagen, dass es den Gemeinden im Kanton gut geht. Es gibt auch keine Gemeinde mehr, die die Entwicklungen der letzten Jahre mit links wegsteckt. Die Gemeinden gehen aber mit der schwierigen Situation gut und professionell um.

«Wenn wir die Politik im Kanton nicht ändern, werden viele Gemeinden um Steuererhöhungen nicht herumkommen.»

Aber, es mussten sehr wenige Gemeinden die Steuern erhöhen.

Sobald das Eigenkapital verbraucht ist, wird eine Steuererhöhung schnell zum Thema. Das ist in vielen Gemeinden leider der Fall. Wir werden deshalb auch in diesem Herbst Steuererhöhungen erleben.

Generell, wie werden sich die Haushalte der Luzerner Gemeinden mittel- und langfristig entwickeln?

Pflegefinanzierung und Kinder- und Erwachsenenschutzrecht wirken nachhaltig. Deshalb ist, wenn überhaupt, nur langsam mit einer Besserung zu rechnen. Wenn wir die Politik im Kanton nicht ändern, werden viele Gemeinden um Steuererhöhungen nicht herumkommen.

Finanzdirektor Marcel Schwerzmann hat an der GV des VLG beteuert, die Gemeinden sollen durch die Sparpakete des Kantons nicht weiter belastet werden. Glauben Sie ihm das?

Beim letzten Sparpaket hat die Regierung Wort gehalten. Die Gemeinden wurden insgesamt nicht belastet. Wir werden den Finanzdirektor aber auch in Zukunft beim Wort nehmen. Sollte dieses Wort gebrochen werden, wird der VLG aktiv.

Macht das Kinder- und Erwachsenenschutzrecht KESR den Gemeinden immer noch zu schaffen?

Das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht führt zu grossen

Mehrkosten für die Gemeinden. Diese Mehrkosten müssen zuerst einmal kompensiert werden, was nicht von heute auf morgen der Fall ist. Ausserdem ist unklar, ob die neue Rechtsordnung neben den Kosten für die Behörde, nicht auch noch Mehrkosten bei der Mandatsführung verursacht. Das KESR wird die Gemeinden noch viele Jahre beschäftigen.

Wird der Kanton die Mehrkosten der Gemeinden für die Einführung übernehmen?

Eine kantonale Beteiligung an den Projektkosten von neun Millionen Franken ist notwendig und meiner Meinung nach auch realistisch. Die Regierungsrätin hat sich diesbezüglich offen gezeigt.

Die neue Pflegefinanzierung ist ein anderes Ärgernis.

Die Mehrkosten von 46.5 Millionen Franken belasten die Gemeinden schwer. In diesem Bereich ist die Dynamik gross. Einerseits werden aufgrund der Motion Arnold im Moment Gesetzesanpassungen geprüft. Auf der anderen Seite ist dieses Thema auch Teil der Diskussionen um eine Globallösung mit der Regierung.

Zu den Bildungskosten: Ist der Kostenteiler 50 zu 50 für Kanton und Gemeinden im Bereich Volksschule nicht sehr abenteuerlich?

Er entspricht dem Äquivalenzprinzip. Bei Verbundaufgaben soll jede Staatsebene einen Kostenanteil gemäss ihren Kompetenzen tragen. Da der Kanton die Eckwerte im Bildungswesen selber festlegt, ist der Kostenteiler von 50:50 fair.

Ursi Burkart-Merz, neue Bereichsleiterin Bildung

«Politik und Bildung verknüpfen»

Im zweiten Anlauf hat es geklappt: Dank einer Statutenrevision konnte die neue Bereichsleitung Bildung geklärt werden (siehe rechts Seite 4). Ursi Burkart-Merz (Adligenswil) setzte sich gegen Susanne Truttmann-Hauri (Emmen) durch. Wir haben mit der neuen Bereichsleiterin über Ziele und Schwerpunkte gesprochen.

Ursi Burkart-Merz hat zwei Jobs – und die stehen bezüglich VLG in einer speziellen Konstellation. Einerseits ist Ursi Burkart-Merz (CVP) Adligenswiler Gemeindepräsidentin – und damit die Vertreterin der Behörde. Andererseits arbeitet sie als Schulleiterin der Sekundarschule Neuenkirch. Speziell ist diese Konstellation, weil die Sicht der Behörden und der Schulleitung nicht zwingend deckungsgleich sein müssen. Ursi Burkart ist sich dieser Situation bewusst, sieht darin aber keinen Konflikt, wohl aber ihre eigentliche Motivation. «Für mich ist gerade diese Verknüpfung von Politik und Bildung der Reiz an meiner neuen Aufgabe im VLG.» Deshalb sehe sie keinen Widerspruch zwischen der Optik als Vorstandsmitglied und als Bereichsleiterin Bildung, im Gegenteil. Oder anders ausgedrückt: «In meiner neuen Aufgabe kann ich meine politischen Erfahrungen als Gemeindepräsidentin sowie mein Know-how als Schulleiterin der Sekundarschule einbringen.» Daraus leitet sie ihr Profil ab: «Ich werde mich als bildungsfreundliches Vorstandsmitglied und als kostenbewusste Bereichsleiterin für die Bildung engagieren, und darauf freue ich mich.»

Hohe Kompetenz beim VLG

Inzwischen hat die Arbeit bereits begonnen. «In der ersten Vorstandssitzung haben mich die Kompetenz und das Engagement der Vorstandsmitglieder für die



Ursi Burkart-Merz

Darf Bildung kosten?

Ursi Burkart sagt zum Stellenwert der Bildung und den Kosten: «In der Schweiz haben wir wenige Rohstoffe. Einer ist die Bildung. Zu Rohstoffen, so auch zur Bildung, trägt man Sorge. Gute Bildung – eine solide Berufslehre, eine weiterführende Schule, ein Studium – macht sich das ganze Leben bezahlt, nicht nur monetär. Denn: Bildung kann einem niemand wegnehmen! Klar, Bildung kostet. Doch das muss sie uns wert sein. Allerdings sind übergrosse finanzielle Inputs keine Garantie für hochstehende Outputs.»

Gemeinden sehr beeindruckt.» Auch die erste Sitzung des Bereichs Bildung hat bereits stattgefunden, wenn auch im kleinen Rahmen. «Bei den anwesenden Schulvorsteherinnen spürte ich grosse Fachkompetenz und viel Affinität zur Bildung und Kultur.» Der Bereich Bildung müsse personell noch erweitert werden. Als Bereichsleiterin Bildung will sie sich regelmässig mit den Regionalleitungen treffen, um die einzelnen Gemeinden zu hören und zu spüren. Dann gilt es, diese diversen Anliegen zu diskutieren, zu bündeln und am richtigen Ort einzubringen. Die richtige Kommunikation ist entscheidend und bekanntlich nicht immer einfach. Sie plant regelmässig Sitzungen mit Vertretern des Bildungsdepartements, der Dienststelle Volksschulbildung, Schulpflegen, Schulleitungen, Pädagogische Hochschule, Lehrerinnen- und Lehrerverband und anderen. «Wir sind alle voneinander abhängig.»

Die ersten Themen

Als erstes grösseres Thema wird im Bereich Bildung die Vernehmlassung zum Planungsbericht Kulturförderung beschäftigen. Auch die Projekte «Schule mit Zukunft» und «Arbeitsplatz Schule» dürften bald wichtige Traktanden werden. Etwas längerfristig sind die Erneuerung des Positionspapieres, der Lehrplan 21 und insbesondere der Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinden die zentralen Themen.

GV Verband Luzerner Gemeinden

Der VLG beschenkt die Gemeinden

Die Generalversammlung des Verbandes Luzerner Gemeinden wählte Ursi Burkart-Merz zur neuen Bereichsleiterin Bildung (siehe links). Weiter genehmigte die GV in Malters eine Statutenrevision und senkte den Mitgliederbeitrag – sozusagen ein Geschenk des VLG an die Gemeinden.

Im Zentrum der Generalversammlung stand die Ausmarchung um den freien Vorstandssitz beziehungsweise die Leitung des Bereichs Bildung. Vor der Behandlung des Wahlgeschäfts behandelte die GV eine Statutenrevision. «Es darf nicht mehr vorkommen, dass wir nach sieben Wahlgängen keinen Entscheid haben, weil keine Kandidatur sowohl das qualifizierte Stimmenmehr wie auch das Gemeindemehr erreicht», sagte VLG-Präsident Hans Luternauer zur Ausgangslage. Damit spielte er auf die GV 2012 an, als bei der Nachfolge von Rolf Bossert für den Bereich Bildung diese Pattsituation entstanden war: Weder Susanne Truttmann-Hauri, Emmen, noch Ursi Burkart-Merz, Adligenswil, konnten sich durchsetzen.

Quotient macht alles klar!

Der Vorstand hat eine Statutenrevision ausgearbeitet, um in Zukunft solche Pattsituationen zu vermeiden. Demnach kommt nach drei Wahlgängen ohne Re-

sultat ein Quotient zur Anwendung. Dieser stellt fest, wer die kleinere Differenz zwischen Stimmen- und Gemeindemehr hat – und somit gewählt ist. Luternauer erwähnte an der GV, dieses Modell sei in der Vernehmlassung bei den Gemeinden gut angekommen. An der GV selber wurde als Alternative der Vorschlag der Gemeinde Kriens für einen Losentscheid vorgebracht – und abgelehnt. Und sogleich ging es zur Tat: Das neue Modell bestand seine Feuertaufe bei der anschließenden Kampfwahl zwischen den beiden gleichen Kandidatinnen wie vor einem Jahr.

Pro-Kopf-Beitrag gesenkt

Eine gute Jahresrechnung konnte Finanzchef Peter Emmenegger vorlegen. Sie schliesst mit einem Gewinn von 148'812.40 Franken ab. Nicht nur das. Der Vorstand beantragte die Senkung des Mitgliederbeitrages in zwei Schritten:

- 2013 Senkung des Pro-Kopf-Beitrags der Gemeinden um 30 Rappen, von CHF 2.95 auf 2.65.

- 2014 ist nochmals eine Senkung um 15 Rappen vorgesehen.

Als Folge davon sinkt der Pro-Kopf-Beitrag des VLG an die Wirtschaftsförderung Luzern von CHF 1.23 auf CHF 1.00. Mit der Senkung beweist der Vorstand Flexibilität. «Wenn es nicht nötig ist, wollen wir nicht Geld horten, aber wenn sich wieder Mittelbedarf ergibt, können wir mit gutem Gewissen eine Anpassung beantragen», so Präsident Luternauer.

Sparen: Gemeinden schonen!

«Kanton und Gemeinden sind ein Zwillingsspaar, die nur zusammen stark sind», sagte Finanzdirektor Marcel Schwerzmann und versicherte: «Die Regierung will keine Sparpakete zulasten der Gemeinden schnüren.» Er erläuterte einzelne Vorlagen, die Kanton und Gemeinden betreffen. Gespannt warten beispielsweise beide Seiten auf die Ergebnisse des Wirkungsberichts zum Finanzausgleich und zu den Erfahrungen mit der Pflegefinanzierung.

VLG-Vorstand 2013:
Markus Hool, Peter Emmenegger, Armin Hartmann, Hans Luternauer, Erwin Arnold, Ursi Burkart-Merz, Irene Keller, Peter Kneubühler, Martin Merki.

Marcel Schwerzmann (rechts) überbrachte die Grüsse der Regierung.





Aufgeschnappt – GV 2013 des VLG



Pflegefinanzierung

Änderungen nötig – aber nicht kopflos

46,5 statt 40 Millionen Franken Mehrkosten für die Pflegefinanzierung. Das ärgert die Gemeinden. Änderungen sind nötig – aber wohl überlegt: Der VGL ist gegen vorschnelle Änderungen der Aufgabenteilung, möchte aber die für 2016 geplante Gesetzesrevision schon jetzt in Angriff nehmen.

Seit zwei Jahren ist die Pflegefinanzierung Sache der Gemeinden. Im Dezember 2012 präsentierte LUSTAT die wissenschaftliche Evaluation der Zahlen 2011. Statt wie prognostiziert 40 Millionen Franken mussten die Gemeinden 46,5 Millionen Mehrkosten tragen. Die Differenz zwischen Schätzung und Resultat beträgt satte 16,5 Prozent.

Teure Ausserkantonale

Der Evaluationsbericht zeigt auf, wie sich die Abweichungen zusammensetzen. Im stationären Bereich fielen für die Gemeinden Mehrkosten von 3,8 Millionen Franken gegenüber der Botschaft B155 an. Dabei wurden die Kosten der Restfinanzierung Pflege eher unterschätzt (+5,8 Millionen), jene des EL-Anteils für die Pflege eher überschätzt (-2 Millionen). Ausserkantonale Platzierungen sind teurer als Platzierungen in Luzerner Heimen, was einen Teil der Mehrkosten erklärt.

«Die Mehrkosten für die Gemeinden betragen 46,5 statt 40 Millionen Franken.»

Mehr Spitexleistungen

Im ambulanten Bereich basierte die Schätzung in der Botschaft B155 auf den Daten 2008. Die

Mehrkosten (+5,9 Millionen) lassen sich laut LUSTAT auf eine mengenmässige Expansion des Spitex-Leistungsvolumens zurückführen. Ausserdem konnte der Marktanteil von privaten Spitexorganisationen (16 %) damals noch nicht abgeschätzt werden; diese sind seit 2011 den gemeinnützigen Spitex-Organisationen gleichgestellt.

Kein weiterer Anstieg erwartet

Eine Schlussfolgerung des Evaluationsberichts ist, dass der Systemwechsel an sich zu einem Kostenanstieg geführt hat. Dieser lasse sich jedoch nicht abschliessend quantifizieren. Der Bericht geht davon aus, dass es sich beim 2011 präsentierten Restfinanzierungsbetrag der Gemeinden (total 137 Millionen Franken) um einen Höchstbetrag handelt.

Den Spielraum ausschöpfen

Obwohl die Pflegefinanzierung den Gemeinden 2011 teilweise hohe Mehrkosten verursacht hat, rät der VLG von einer vorschnellen Änderung der Aufgabenteilung ab. Zu viele Fragen konnten mit dem Evaluationsbericht 2011 noch nicht abschliessend beurteilt werden. Der Verband fordert Gemeinden oder Gemeindeverbände von Heimen auf, ihre Führungsrolle wahrzunehmen und den Spielraum bei der Kostensteuerung konsequent auszuschöpfen.

Nur kein Kurzschluss

VLG und LUSTAT sind sich einig, dass Schätzungen eines so grundlegenden Systemwechsels anspruchsvoll sind. Es ist aber das erklärte Ziel des VLG, die Gemeinden im Bereich Pflegefinanzierung zu entlasten. Der VLG ist diesbezüglich auf verschiedenen Baustellen aktiv. Unter anderem wird eine Plafonierung der Pflegekosten geprüft, wie sie in gewissen Kantonen eingeführt worden ist. Der VLG steht diesbezüglich auch in Kontakt mit anderen Kantonen. Im Übrigen hat Kantonsrat und VLG-Vorstandsmitglied Erwin Arnold (CVP, Buchrain) im Dezember 2012 eine Motion eingereicht. Er und 52 (!) Mitunterzeichnende verlangen, die auf 2016 geplante Revision des Pflegefinanzierungsgesetzes bereits im Laufe des Jahres 2013 in Angriff zu nehmen. Dabei sollen Erkenntnisse anderer Kantone miteinbezogen werden.

Impressum

Herausgeber:
Verband Luzerner Gemeinden VLG
Postfach 3065, 6002 Luzern,
Tel. 041 368 58 10 info@vlg.ch

Ausgabe: gazette Juni 2013
Konzept/Texte/Redaktion: Ludwig Peyer/
Kurt Bischof/Astrid Bossert Meier
Fotos: Stefan Vonwyl, istockphoto
Gestaltung/Produktion:
bischof | meier und co, Hochdorf
Druck: Meyer Rottal Druck AG, Ruswil
Auflage: 1000 Exemplare